



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/02849**
Datum: 30.06.2021
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. B. Meerheim; Dr.
I. Brock; M. Ranft; T. Wolter; E. Eigendorf

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	21.07.2021	öffentlich Entscheidung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	23.09.2021	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.09.2021	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Aktionsplan zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2022-2025 und legt diesen dem Stadtrat im Januar 2022 zur Beschlussfassung vor.
2. Die Erarbeitung dieses Aktionsplanes erfolgt in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Queer Halle.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE

gez. Dr. Inés Brock und Melanie Ranft
Vorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

gez. Tom Wolter
Vorsitzender
Fraktion MitBürger & Die PARTEI

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion

Begründung:

Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt und Teilhabe aller Menschen und ist damit Garant für eine lebendige und funktionierende Demokratie.

Ziel moderner Gleichstellungspolitik ist eine Kultur der Offenheit, der Akzeptanz und Anerkennung aller geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen.

Gleichstellung ist Teil jeder Fachpolitik und bedarf ressortübergreifender Strategien.

In der Stadt Halle (Saale) hat sich die Lebenssituation und Lebensqualität von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) überwiegend positiv entwickelt. Dazu gehören die finanzielle Förderung von Vereinen mit Fördermitteln, die Unterstützung des Christopher Street Days, die Zusammenarbeit des Arbeitskreises Queer mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Halle (Saale) u.a.m..

Viele LSBTI* möchten ihre geschlechtliche und sexuelle Identität selbstverständlich offen leben, stoßen aber noch immer auf Intoleranz, Grenzen und auch Gewalt. Für jeden Menschen soll es selbstverständlich sein, sich mit der eigenen geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung positiv identifizieren zu können sowie ein diskriminierungsfreies und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb trägt auch die Stadt Halle (Saale) in diesem Prozess Verantwortung und fördert Rahmenbedingungen und Maßnahmen, die eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und Wahrnehmung von Rechten sowie Aufklärungs-, Informations- und Beratungsangebote fördert.

Gleichstellungspolitik lebt vom Mitmachen und der Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Der Arbeitskreis Queer Halle ist ein Netzwerk gesellschaftlich und politisch engagierter Menschen und Organisationen, das sich für die Anerkennung, Akzeptanz und Rechtsgleichheit vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen einsetzt.

An diesen Arbeitskreis sind in den letzten Jahren spezifische Bedarfe an Unterstützung für trans- und intergeschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen, für LSBTI*- Jugendliche und – Senior*innen sowie Geflüchteten mit LSBTI*- Hintergrund herangetragen worden.

Ein Aktionsplan der Stadt Halle (Saale) sollte in Handlungsfeldern (z.B. Bildung und Aufklärung; Förderung und Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Maßnahmen) die Bedürfnisse aufnehmen und mit konkreten Maßnahmen untersetzen.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

22. September 2021

Sitzung des Stadtrates am 29.09.2021

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Vorlagen-Nummer: VII/2021/02849

TOP: 8.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

15.07.2021

Sitzung des Stadtrates am 21.07.2021

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Vorlagen-Nummer: VII/2021/02849

TOP: 10.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Begründung:

Die Rollen der Stadt und der beteiligten Akteurinnen und Akteure in einem Erarbeitungsprozess für ein Aktionsprogramm sollen im Ausschuss besprochen werden.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister